

# Ist Europa noch zu retten?



Olaf Schwencke

Prof. Dr. Olaf Schwencke ist  
Gründungspräsident der  
Kulturpolitischen Gesellschaft

Zukunft braucht Erinnerung, beispielsweise an den 19. Februar 1945, da »schworen« die Überlebenden im Konzentrationslager Buchenwald/Weimar, Deportierte aus allen von Deutschen besetzten Ländern, wenige Tage vorher von amerikanischen Soldaten befreit, »zu kämpfen für eine Welt des Friedens und der Freiheit und der Demokratie«. Diese Welt ist in Europa die Wirklichkeit – seit über 70 Jahren.

Wird sie es bleiben? Haben wir eine stabile und verlässliche Verantwortungsgesellschaft? Wächst nicht zugleich in unserer freiheitlichen Gesellschaft verstärkt die Fremdenfeindlichkeit und auch der Nationalismus (»my country first«) selbst in alten EU-Mitgliedsländern, die auf der Basis der Werte des Lissabon-Vertrags basieren sollten?

Ist eine Abschottungspolitik vor allem gegenüber Migranten und anderen »Fremden« nicht durchgehend in unserer Gesellschaft spürbar? Und ganz allgemein: Ist nicht im Prozess von Globalisierung eine nachlassende Wirkungskraft von zivilgesellschaftlichen Gemeinschaften und Institutionen feststellbar?

Ein symptomatischer Tatbestand dieser fatalen Entwicklung aus dem Bereich der Politik lautet im Wahlprogramm einer deutschen Bundestagspartei, der AfD, das Europäische Parlament abzuschaffen! Wahrscheinlich gedacht als ersten Schritt, dem dann die Liquidation von Kommission und Rat und damit die ganze EU folgen könnte. Das EP ist seit seiner Direktwahl (1979) Garant für Demokratie; es setzt Maßstäbe für Freiheit und Freizügigkeit, sichert die Gewalt-

enteilung, die Rechtsstaatlichkeit und fördert den Wohlstand für alle Bürger ihrer Mitgliedsstaaten. Ohne freigewählte Parlamente gibt es keine Demokratie, keine Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – daran hat das EP über Europa hinaus globale, ja exemplarische Verantwortung wahrzunehmen!

Max Weber, der große Parlamentarismusgelehrte hatte vor genau 100 Jahren seine Rede »Politik als Beruf« gehalten und darin das Prinzip »Demokratie« zum Kernpunkt einer freiheitlichen Gesellschaft definiert: ohne parlamentarische Demokratie – eine der »größten Innovationen der Menschheit« – gäbe es keine zukunftsfähige Gesellschaft!

Wer das Parlament abschaffen will, d.h. die Chance jeden Bürgers, sich durch sein Votum an dem Weg der europäischen Gemeinschaft zu beteiligen, zerstört das Prinzip »Demokratie«, auf dem die freiheitliche Existenz der Gesellschaft basiert.

Das wurde durchaus begriffen, namentlich nach Brexit und Trump-Wahl, – allein die Zahl der Bürger, die sich an dem »Pulse of Europe« sonntäglich in den Städten Deutschlands beteiligten, belegt das. Ein Motto dieser Leute lautete »Wir wollen für unsere schöne Demokratie kämpfen«. Gerade junge Leute haben sich daran und an ähnlichen Aktionen beteiligt, namentlich die sogenannte »Erasmus-Generation«, mittlerweile 750.000 junge Menschen aus 44 Ländern, darunter 104.000 aus Deutschland. Sollten sie und andere wie die »Künstler-Erklärung der Vielen« nicht besonders motiviert sein, im Mai ein pluralistisch-liberales Parlament zu wählen?

Wir leben in einer Epoche der Umbrüche, der gesellschaftlichen wie der politischen, in den gegenwärtigen Krisen kommt das zum Ausdruck. Selbstverständlich betrifft das auch die Existenz der Europäischen Union. Sie kann nicht bleiben, wie sie ursprünglich konzipiert wurde und sich politisch weiterentwickelt hat. Dennoch muss sie nicht neu erfunden oder begründet werden. Ihr Werte sind keineswegs in einer globalen Welt obsolet, im Gegenteil: zur Identität dieses sich stets weiterentwickelnden pluralistischen Erdteils grundlegend. Die Selbsterneuerungskräfte der Zivilgesellschaften Europas sind intakt, die freiheitliche, pluralistische Demokratie steht nicht zur Disposition. Das Projekt Europa ist tief in den Herzen und Köpfen der meisten Leute lebendig, dynamisch und zukunftsträchtig!

Verantwortungs-Gesellschaft und Kultur: Kein Politikbereich hat dieses Leitmotiv so ernst genommen – in Reflexion, der Perspektive und schließlich auch der Realisierung wie die Kulturpolitik. Ihr Kernsatz lautet: »Kulturpolitik kommt ohne ethische Begründung nicht aus« (Arc et Senans, Europarat 1972). Eine solche »Verantwortungs-Gesellschaft« ist das Ziel einer »Kulturellen Demokratie«, wie sie »mit Leidenschaft und Ausdauer« mit dem »Bohren harter Bretter« in der Politik, wie Max Weber es ausdrückte, immer wieder ansteht. Sich daran aktiv zu beteiligen, ist eine Bürgerpflicht!

Mit der Erinnerung an den »Schwur von Buchenwald« für Frieden, Freiheit, Demokratie im Jahre 1945 sollte an den Kern der Verantwortungs-Gesellschaft erinnert werden! ■